

Plädoyer für eine flexiblere Euro-Zone

Wie deutsche Ökonomen 25 Jahre nach ihrem Manifest gegen den Euro den Zustand der Währungsunion sehen

Die Euro-Zone kämpft seit Jahren mit grossen Problemen. Viele Ökonomen haben das schon vor 25 Jahren in einem Manifest vorhergesagt. Doch nicht mit allem lagen sie richtig, und ein Problem haben sie sogar völlig übersehen.

MICHAEL RASCH, FRANKFURT

Im Sommer 1992 geschah in Deutschland sehr Ungewöhnliches. Erstmals lehnten sich Ökonomen öffentlich gegen die Beschlüsse einer Bundesregierung auf. Initiiert von den Professoren Renate Ohr und Wolf Schäfer erschien in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» am 11. Juni unter dem Titel «Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: Eine Gefahr für Europa» ein erstes Manifest gegen den Vertrag von Maastricht. 62 Professoren unterzeichneten das Dokument. In elf Punkten warnten die Ökonomen vor den Folgen einer überhasteten Einführung der Währungsunion. Die Beschlüsse von Maastricht würden ein konfliktarmes Zusammenwachsen in Europa gefährden, lautete die Kernaussage. Welche Sorgen waren berechtigt, wo lagen die Professoren falsch – und was denken sie 25 Jahre später über den Zustand der Währungsunion?

Ärger über Helmut Kohl

Sie sei damals völlig überrascht und erschrocken über die Idee einer Währungsunion gewesen, sagt Renate Ohr im Gespräch. Sie lehrt heute Volkswirtschaft an der Universität Göttingen. Schon das Europäische Währungssystem (EWS) habe nicht mehr gut funktioniert, nachdem ab 1987 die Wechselkursanpassungen aufgegeben worden seien und einige Länder dann durch ihre höhere Inflation massiv an Wettbewerbsfähigkeit verloren und Leistungsbilanzdefizite aufgebaut hätten. Eine Einheitswährung habe vor diesem Hintergrund nur Probleme bringen können. Zu der öffentlichen Initiative habe sie sich entschlossen, um den Politikern ihre Ausreden zu nehmen. So habe Helmut Kohl bei der deutschen Währungsunion im Rahmen der Wiedervereinigung blühende Landschaften versprochen. Als sich diese dann aber nicht eingestellt hätten, habe er behauptet, dass man dies nicht habe wissen können. Das sollte nicht noch einmal passieren, sagt Ohr. Rund 90% ihrer Kollegen seien damals gegen die Währungsunion gewesen, aber viele hätten gezögert, ihre Namen unter das Manifest zu setzen.

«Die Zukunft der Europäischen Währungsunion entscheidet sich in Italien.»

Bert Rürup

Zur Kritik an der geplanten Währungsunion gehörte, dass die festgelegten Konvergenzkriterien zu weich seien. Zudem wurde befürchtet, die Eintrittskriterien würden nur am fixierten Termin eingehalten und später verwässert, um grosse Unwägbarkeiten für einzelne Länder zu vermeiden. Auch der Konsens, Preisstabilität als Priorität zu betrachten, fehle in Europa und berge daher die Gefahr einer unkontrollierten Inflation, hiess es. Ferner befürchteten die Ökonomen, der starke Konkurrenzdruck würde für die schwächeren Länder aufgrund ihrer geringeren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu wachsender Arbeitslosigkeit führen. Dies berge die Gefahr von Transferzahlungen im Sinn eines Finanzausgleichs. Die wirtschafts- und interessenpolitische Uneinigkeit in Europa würde



Den Launen der Politik ausgesetzt, steht die Zukunft der Euro-Zone weiter auf dem Spiel.

BILDER SIMON TANNER / NZZ

letztlich dazu führen, dass eine Währungsunion grossen ökonomischen Spannungen ausgesetzt wäre, die zu einer politischen Zerreihsprobe führen und damit das Integrationsziel in Europa gefährden würden. Kommt einem das bekannt vor?

In der Tat hat sich der Euro in den vergangenen Jahren nicht als Einigungsfaktor, sondern als Spaltpilz in Europa erwiesen. Vieles sei schlimmer gekommen, als man damals befürchtet habe, sagt Norbert Berthold, damals wie heute Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Würzburg und Mitinitiator des Blogs «Wirtschaftliche Freiheit». Es habe sich erwiesen, dass die realen Unterschiede der Volkswirtschaften innerhalb der Währungsunion zu gross seien und sich das inhomogene Gebilde zwangsläufig in Richtung einer Transferunion entwickle. Dieser Prozess sei voll im Gang. Die Hoffnung, dass eine flexiblere Lohn- und Tarifpolitik sowie Wanderungsbewegungen der Menschen für einen Ausgleich innerhalb der Währungsunion sorgen würden, habe sich nicht erfüllt. Berthold fühlt sich in vielen Punkten bestätigt, sieht aber auch

Grund zur Selbstkritik: Völlig übersehen habe man damals nämlich, dass die unheilige Verbindung zwischen Staatsfinanzierung und Banken letztlich zu einer Staatsschulden-, Banken- und Zahlungsbilanzkrise führen würde. Der Konkurs eines Landes in Westeuropa sei einfach nicht vorstellbar gewesen, ähnlich wie der Untergang einer grossen Investmentbank vor der Pleite von Lehman Brothers.

Vor allem in Südeuropa gehören Geschäftsbanken zu den grössten Käufern der Staatsanleihen ihrer Heimatländer. Doch sie finanzieren den Staat nicht aufgrund wirtschaftlicher Überzeugungen, sondern aufgrund der politökonomischen Nähe. Ist dann der Staat vom Konkurs bedroht, kippt auch das Bankensystem. In der Währungsunion, sagt Berthold, würden Handlung und Haftung zu oft auseinanderfallen. Dies schaffe grosse Probleme, für die am Ende der Steuerzahler aufkommen müsse.

Nicht bewahrheitet hat sich die Befürchtung einer aus dem Ruder laufenden Inflation. Ob dies aber (allein) ein Verdienst der Europäischen Zentralbank (EZB) ist, darf infrage gestellt

werden. In den vergangenen 25 Jahren herrschte nämlich weltweit eine geringe Inflation, vermutlich dank der Globalisierung und dem scharfen Wettbewerb aus den Schwellenländern, der die Lohnkosten in Europa unter Druck setzte. Dazu kamen die Effizienzgewinne durch die Erfindung des Internets und die Digitalisierung, was ebenfalls zu sinkenden Preisen für zahlreiche Produkte beigetragen haben dürfte. In Sachen Inflation sei das Ende des Liedes noch nicht gesungen, meint Berthold. Die EZB habe schliesslich eine Reihe von tendenziell sehr teuerungstreibenden Massnahmen beschlossen, und er befürchte für die Zukunft eine Inflationierung der Staatsschulden.

Die Ökonomen, die das Manifest 1992 unterzeichnet haben, waren Anhänger der Krönungstheorie. Für sie war eine Währungsunion also erst am Ende eines langen wirtschaftlichen Annäherungsprozesses und nach Inkrafttreten einer politischen Union möglich und sinnvoll. Eine andere Gruppe von Ökonomen war hingegen der Meinung, die politische Einigung folge immer der wirtschaftlichen. Das

sei in der Geschichte auch beim deutschen Zollverein im 19. Jahrhundert oder bei der europäischen Montanunion der Fall gewesen.

Die Seiten gewechselt hat Bert Rürup, ehemaliger Professor an der Universität Darmstadt und heutiger Leiter des Handelsblatt Research Institute. Er gehörte 1992 ebenfalls zu den Unterzeichnern, unterschrieb jedoch einen zweiten Aufruf im Februar 1998 unter dem Titel «Der Euro kommt zu früh» nicht mehr. Das zweite Manifest der Euroskeptiker unterzeichneten sogar 160 Professoren.

Rürup räumt ein, dass die Währungsunion die grossen Wohlfahrtsversprechen bisher nicht erfüllt habe. In Europa habe man auf der einen Seite Länder, die stark an eine regelgebundene Politik glaubten, etwa Deutschland, Österreich, die Niederlande und Finnland. Auf der anderen Seite stünden Staaten wie Frankreich, Italien oder Spanien, denen Regelbindungen zuwider seien und in denen das Primat der Politik gelte. Das bedeute, für Probleme würden jeweils situationspezifische Lösungen gesucht. Für Rürup kann die Währungsunion nur auf der Basis einer Mischung aus nordischer Regelorientierung und lateineuropäischem Elan funktionieren.

Aus geopolitischen Gründen glaubt er nicht an einen Zerfall. Wenn der Euro zerbräche, drohe eine bipolare Währungswelt mit dem US-Dollar und dem erstarkenden chinesischen Renminbi. Die gesamtwirtschaftliche Leistung Europas sei fast so gross wie die der USA und noch deutlich grösser als diejenige Chinas. Und mit einer eigenen Weltwährung und den damit verbundenen Vorteilen bliebe der alte Kontinent auch in Zukunft ein ökonomisches Machtzentrum. Zudem wären die wirtschaftlichen und

«Gerade für Deutschland gehört der Euro inzwischen zur Staatsräson.»

Norbert Berthold

politischen Kosten eines Zerbrechens der Euro-Zone extrem hoch – gerade für Deutschland als sicheren Hafen mit hohen Forderungen an die Peripherieländer. Insofern geht Rürup davon aus, dass es zu einer politischen Einigung kommt, zu der auch Unterstützungszahlungen gehören. Inzwischen sei Italien der «kranke Mann» der Gemeinschaft und zu gewichtig, um mit den bestehenden Hilfsstrukturen gerettet zu werden. Die Zukunft des Euro dürfte sich daher in Italien entscheiden, meint Rürup.

Starke deutsche Dominanz

Auch Ohr und Berthold gehen davon aus, dass man den Euro aus politischen Gründen nicht mehr vollständig rückabwickeln wird. Eine Überlebenschance sieht Ohr durch eine deutliche Verkleinerung der Währungsunion und bei einer kompromisslosen Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie der No-Bail-out-Klausel, nach der Länder mit grossen Schulden und Haushaltsdefiziten nicht von anderen gerettet werden dürfen. Sie plädiert für eine flexiblere Integration in Europa mit einer Währungsunion, bei der Länder auch austreten und gegebenenfalls später wieder eintreten könnten. Sonst drohe eine dauerhafte Transferunion.

Dies sieht Berthold ähnlich. Eine völlige Rückkehr zu nationalen Währungen hält er nicht für sinnvoll. Gerade für Deutschland sei der Euro inzwischen Staatsräson. Man könne sich aber damit trösten, dass das Land aufgrund seiner grossen wirtschaftlichen und politischen Kraft immer eine gewisse Dominanz ausstrahlen werde – und so die Entwicklung dementsprechend stark beeinflussen könne.